



PRESSEINFORMATION

Leonding steht auf! Versprechen müssen eingehalten werden!

Leonding, am 22. Juli 2019. Seit 2003 ist die Stadtgemeinde Leonding im Einsatz für eine nachhaltige Lösung des 4-gleisigen Westbahnausbaus. Eine konsensorientierte Lösung im Sinne einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Stadt war dabei oberste Priorität. Unter der Federführung des ehemaligen Bürgermeisters Walter Brunner hat sich die Stadtgemeinde Leonding aktiv für ein Mitspracherecht bei der Planung eingesetzt und gemeinsam mit Experten verschiedene mögliche Varianten präsentiert. Nun ist es Zeit, den Anliegen der Stadt auch mit härteren Mitteln Ausdruck zu verleihen. Die Initiative „Impulse Schiene Leonding“ formiert sich neu, um mit ganzer Kraft für die Lebensqualität in unserer Stadtgemeinde zu kämpfen.

„Wir forderten von Beginn an eine Tieferlegung der Bahntrasse und eine Einhausung, um auch in Zukunft in einer lebenswerten Umgebung leben zu dürfen – ohne Zerteilung der Stadt durch eine neun Meter hohe Lärmschutzwand“, erklärt Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde die Initiative „Impulse Schiene Leonding“ wiederbelebt, um die Bevölkerung zu mobilisieren und fundierte Argumente zur aktuellen Situation zu liefern.

Offenlegung der Mehrkosten gefordert

Unterschiedliche Auffassungen gibt es aktuell vor allem was die Kosten für die vorgelegte Variante einer 500 Meter (von WIBAU bis Bahnhof) und 300 Meter (ab Bahnhof Richtung Rosenbauer) langen Einhausung mit Tieferlegung angeht (Bahnhofsbereich offen). Während die Mehrkosten laut Berechnung eines unabhängigen Verkehrsexperten aus der Schweiz zwischen 45 und 60 Millionen Euro liegen, sprechen die ÖBB von wesentlich mehr. *„Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die ÖBB einfach eine andere Berechnungsbasis zu Grunde legen. Die ÖBB verweigern allerdings eine Herausgabe der Zahlen, obwohl das Land einen klaren Auftrag zur Abstimmung erteilt hat“,* so Naderer-Jelinek.

Walter Brunner als Sprecher im Kampf für Leonding

Walter Brunner, ehemaliger Bürgermeister von Leonding, der der Stadt nun als Sprecher der Bürgerplattform „Impulse Schiene Leonding“ sein jahrelanges Wissen rund um das Thema ÖBB zur Verfügung stellt: *„Die ÖBB haben den klaren Auftrag von Landeshauptmann*



Thomas Stelzer, die Kosten mit der Stadt abzustimmen, diesem sollen sie nun auch nachkommen! Das Argument der ÖBB, die Einhausung kann auch nachträglich gemacht werden, ist haltlos: eine nachträgliche Einhausung bei laufendem Schienenverkehr ist logistisch so gut wie unmöglich. Für uns stellt sich auch die Frage, warum die ÖBB in Zukunft für eine Einhausung wären, wenn sie es jetzt nicht sind. Und die Tieferlegung der Trasse ist damit wohl auf mehr als 100 Jahre verhindert.“

Versprechen jetzt einhalten

Die Zusage, die Mehrkosten zwischen Land Oberösterreich, der Stadt und dem Bund zu je einem Drittel zu teilen, ist aufrecht, genauso wie die Zusage der ÖBB, nur ein einvernehmliches Projekt zu realisieren. „*Jetzt ist es Zeit, diese Zusagen auch umzusetzen*“, so Naderer-Jelinek.

Stadtteilung, Lärmbelastung, Auswirkungen auf die Wirtschaft

Mit dem geplanten Ausbau der Westbahn zur viergleisigen Hochleistungsstrecke käme auf die Bewohner/-innen der Stadtgemeinde Leonding neben einer massiven Frequenzerhöhung und der Verdreifachung des Güterverkehrs vor allem eine grobe Verschlechterung der Lebensqualität zu. „*Die Trennung der Stadtteile wäre durch eine fünf Kilometer lange und mit neun Meter hohen Lärmschutzwänden auf beiden Seiten umgebene Strecke für immer einbetoniert*“, fürchtet Walter Brunner. „*Diese Zerschneidung unserer Stadt ist ein nachhaltiger Eingriff in das gesamte Ortsbild. Zudem sprechen wir von einer Erhöhung der Lärmbelastung und auch wirtschaftlichen Auswirkungen wie der Gefährdung von Ausbauplänen von Betrieben, Absiedelung, Wertminderung bei Grundstücken, etc.*“, sind sich Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek, die drei Vizebürgermeister Andreas Stangl, Michael Täubel und Franz Bäck sowie die Stadträte Harald Kronsteiner, Klaus Gschwendtner, Peter Hametner, Thomas Neidl und Sven Schwerer, einig. Der viergleisige Ausbau der Trasse so wie ihn die ÖBB derzeit verfolgt, hätte extrem negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Stadt.

Lösung mit Nachhaltigkeit

Der Lösungsvorschlag Leondings sieht eine zweigeteilte Einhausung vor: 500 Meter ab der Firma WIBAU bis zum Bahnhof, 300 Meter ab dem Bahnhof Richtung Rosenbauer. Im Bereich des Bahnhofes würde der Zug "auftauchen". Die Bürgermeisterin erklärt die Idee: „*Der Bahnhof muss aus Sicherheitsgründen geöffnet bleiben, die neu entstandenen Flächen über der eingehausten Westbahn könnten wir gezielt für die Ortsentwicklung nützen und so*



eine Trennung vermeiden. Es gibt bereits konkrete Interessenten für die Flächen, die entstehen würden. Auch die Stadt könnte den öffentlichen Raum hier für Grünflächen oder städtische Einrichtungen nützen - am Bindermichl kann man sich ja erfolgreiche Nutzungen ansehen. In jedem Fall würden wir so eine Fläche schaffen, die die Trennwirkung der Stadt nicht weiter verschärft und eine Entwicklung ermöglicht."

Zu allem bereit

Das UVP-Verfahren (Umweltverträglichkeitsprüfung-Verfahren) für die oberirdische Lösung steht kurz vor dem Abschluss. Die Einwendungen werden Ende Juli am Bundesverwaltungsgericht verhandelt. Die Stadtgemeinde Leonding zeigt sich kämpferisch und kündigt härteren Widerstand an: „*Wir handeln!! Mit allen Mitteln!*“

Weitere Informationen für die Presse:

Stadt Leonding, Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit, Mag. Marlene Siegl
0732 6878-8481, marlene.siegl@leonding.at, schiene@leonding.at